

## **Auszug aus dem substanziellen Protokoll 186. Ratssitzung vom 20. Dezember 2017**

### **3614. 2017/312**

**Weisung vom 13.09.2017:**

**Finanzverwaltung, Aufnahme von Anleihen und Darlehen sowie Ausgabe von Kassenscheinen im Jahr 2018**

Antrag des Stadtrats

Der Stadtrat wird ermächtigt, zur Beschaffung der im Jahr 2018 erforderlichen Mittel bis zum Betrag von 800 Millionen Franken Anleihen und langfristige Darlehen aufzunehmen oder Kassascheine auszugeben und zur Optimierung der Kosten der Mittelbeschaffung und zur Bewirtschaftung der Zinsrisiken auch derivate Geschäfte einzusetzen.

Referent zur Vorstellung der Weisung / Kommissionsmehrheit:

**Walter Angst (AL):** *Der Gemeinderat kann dem Stadtrat die Kompetenz für die Aufnahme von Anleihen und Darlehen erteilen. Dies im Rahmen der budgetierten Investitionen und dem Budget, das vor wenigen Tagen verabschiedet wurde. Für das Jahr 2018 beantragt der Stadtrat aufgrund der seit Jahren gleichbleibenden Kalkulation einen Betrag von maximal 800 Millionen Franken, die als Anleihen und Darlehen aufgenommen werden sollen. Einer der zwei wichtigsten Posten darin ist die Rückzahlung von Obligationen, die 2018 fällig werden und erneuert werden sollen. Dies entspricht einem Betrag von insgesamt 350 Millionen Franken. Der zweite wichtige Betrag sind die Nettoinvestitionen in Höhe von einer Milliarde Franken, die im Budget beschlossen wurden. Die beiden Beträge weisen zusammen in Relation zur derzeitigen Entwicklung der Liquidität, um die es momentan ein wenig besser bestellt ist, in der Kalkulation den Bedarf von insgesamt 800 Millionen Franken aus. Die Darlehensweisung ist kein Steuerinstrument der Ausgaben. Das Steuerinstrument wäre die Budgetberatung gewesen, um dort insbesondere bei den Investitionsausgaben einen reduzierten Betrag zu bewilligen. Für das nächste Jahr planen die Gemeindebetriebe grössere Investitionen. Wenn diese von der Finanzverwaltung entsprechend ausgelöst werden, müssen sie zuvor hinterlegt sein. Es gibt einen Minderheitsantrag, den Maximalbetrag zu reduzieren. Die RPK-Mehrheit hält es nicht für richtig, mit der vorliegenden Weisung die Nettoschulden-Entwicklung steuern zu wollen. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass der maximal aufzunehmende Betrag der Darlehen und Anleihen relativ wenig mit der Entwicklung der städtischen Nettoverschuldung zu tun hat. Das zeigte sich insbesondere im Jahr 2016. Der Chef der Finanzverwaltung häuft keine liquiden Mittel an, die dann allenfalls noch mit Negativzinsen irgendwohin deponiert werden. Er kalkuliert sehr genau und achtet darauf, dass der Liquiditätsbetrag so tief wie möglich ist, um die laufenden Verpflichtungen erfüllen zu können. Deshalb beantragt die RPK-Mehrheit dem Antrag des Stadtrats so zuzustimmen und damit die Geschäftstätigkeit der Stadt sicherzustellen.*

Kommissionsminderheit:

**Michael Baumer (FDP):** Man will festlegen, wieviel Geld der Stadtrat aufnehmen können soll. Dies ist keine Steuerungsgrösse der Schulden oder der Budgetentwicklung, diese haben wir mit dem Budget vorgenommen. Trotzdem ist die Minderheit der Meinung, dass wir nicht mehr Gelder bewilligen sollten, als effektiv benötigt werden. Nachdem die Budgetdebatte nun vorbei ist, können wir ein wenig genauer beurteilen, um wieviel Geld es hier geht. Entsprechend wird die Minderheit den Antrag korrigieren. Rund eine Milliarde Franken Nettoinvestitionen sind geplant, aber eigentlich ist aus den vergangenen Jahren immer ersichtlich gewesen, dass mindestens 20 % der Investitionen gar nicht umgesetzt werden konnten. Wir haben des Weiteren das Budget um rund vierzig Millionen Franken verbessert. Doch voraussichtlich werden wir rund 240 Millionen Franken der Mittel nicht benötigen. Wenn wir sowieso um 100 Millionen Franken besser abschliessen, so wie es in der Budgetdebatte zu vernehmen war, dann werden wir nicht einmal dieses Geld benötigen. Wir korrigieren deshalb den Antrag auf 560 Millionen Franken für Aufnahmen, also eine Reduktion um 240 Millionen Franken. Damit kann die Stadt arbeiten, ohne dass sie Probleme bekommt. Mehr Gelder zu bewilligen, als wirklich benötigt werden, ist unserer Meinung nach nicht die Aufgabe des Gemeinderats.

Weitere Wortmeldungen:

**Peter Schick (SVP):** Es wurde fast schon alles gesagt, ausser einem Punkt. Als SVP sind wir mit dem Budgetresultat nicht zufrieden. Wir zählen immer noch ein Minus von sieben Millionen Franken. Wir wollten dort ein Plus, stimmen aber bei den 560 Millionen Franken mit der FDP.

**Stefan Urech (SVP):** Die Begründung der Mehrheit ist typisch. Man sagt, hier sei der falsche Ort und verweist uns auf die Budgetdebatte. Bringen wir es aber in der Budgetdebatte ein, heisst es, wir sollen uns kürzer fassen. Wir können uns selbständig eine Meinung bilden und haben unsere Rolle als Oppositionspartei an der Budgetdebatte wahrgenommen. Andere Parteien folgen einfach dem Ruf des Stadtrats.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

**STR Daniel Leupi:** Es ist richtig, dass wir nächstes Jahr das Volumen nicht beanspruchen werden. Das war die letzten fünfzehn Jahre grossmehrheitlich so und trotzdem hat der Gemeinderat dem Stadtrat die Kompetenz gegeben. Dieses Vorgehen ist auch von der Partei, die jetzt in der Minderheit steht, nie bestritten worden. Der Stadtrat geht mit dieser Kompetenz selbstverständlich sorgfältig um. Wir haben unsere Liquidität verringert. Wir konnten die langfristige Verschuldung in den letzten Jahren, einschliesslich 2017, um 700 Millionen Franken senken. Das wird vermutlich nächstes Jahr auch noch einmal der Fall sein. Deshalb bitte ich darum, dem Stadtrat nach wie vor diesen Spielraum zu geben. Wer weiss schon, wie sich die nächsten Jahre entwickeln werden. Im Moment gehen wir von stabilen Verhältnissen aus, das war aber nicht immer

3 / 4

*so. Deshalb macht es Sinn, dass der Stadtrat eine gewisse Spanne hat. Angesichts der Zahlen kann man davon ausgehen, dass der Stadtrat die Mittel mit Augenmass einsetzt. Wir haben sicher kein Interesse daran unnötige Mittel zu beanspruchen und damit eine unnötige Verschuldung der Stadt anzuvisieren.*

### Änderungsantrag

Die Mehrheit der RPK beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der RPK beantragt folgende Änderung zum Antrag des Stadtrats:

Der Stadtrat wird ermächtigt, zur Beschaffung der im Jahre 2018 erforderlichen Mittel bis zum Betrag von ~~800~~ 400 Millionen Franken Anleihen und langfristige Darlehen aufzunehmen oder Kassascheine auszugeben und zur Optimierung der Kosten der Mittelbeschaffung und zur Bewirtschaftung der Zinsrisiken auch derivate Geschäfte einzusetzen.

Mehrheit: Präsident Walter Angst (AL), Referent; Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)  
Minderheit: Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Referent; Peter Schick (SVP), Raphaël Tschanz (FDP), Stefan Urech (SVP)

Die Minderheit der RPK beantragt neu folgende Änderung zum Antrag des Stadtrats:

Der Stadtrat wird ermächtigt, zur Beschaffung der im Jahre 2018 erforderlichen Mittel bis zum Betrag von ~~800~~ 560 Millionen Franken Anleihen und langfristige Darlehen aufzunehmen oder Kassascheine auszugeben und zur Optimierung der Kosten der Mittelbeschaffung und zur Bewirtschaftung der Zinsrisiken auch derivate Geschäfte einzusetzen.

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 81 gegen 43 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

### Schlussabstimmung

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung des Antrags des Stadtrats.

Mehrheit: Präsident Walter Angst (AL), Referent; Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)  
Minderheit: Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Referent; Peter Schick (SVP), Raphaël Tschanz (FDP), Stefan Urech (SVP)

4 / 4

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 80 gegen 42 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Der Stadtrat wird ermächtigt, zur Beschaffung der im Jahr 2018 erforderlichen Mittel bis zum Betrag von 800 Millionen Franken Anleihen und langfristige Darlehen aufzunehmen oder Kассascheine auszugeben und zur Optimierung der Kosten der Mittelbeschaffung und zur Bewirtschaftung der Zinsrisiken auch derivate Geschäfte einzusetzen.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 28. Dezember 2017 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 27. Januar 2018)

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat